

# ANTRAG

Antragsteller\*in: Gregor Stadler, Felix Schnabl, Moritz Mairhofer, Fritz Noske

Tagesordnungspunkt: 16.c. Allgemeine Anträge

## A7: Lasst uns statt dem Staat die Krise spüren!

### Antragstext

1 Uns, den JUNOS - Junge Liberale NEOS, ist bewusst, dass eine Marktwirtschaft  
2 nicht nur aus Phasen des Aufschwungs besteht. Wir sehen Krisen und Phasen des  
3 Abschwungs als Situationen, in denen der Staat unterstützend und teilweise  
4 abfedernd eingreifen kann. Dennoch muss klar sein, dass der Staat auch in Krisen  
5 mit Steuergeld und möglicher neuer Schuldenaufnahme verantwortungsbewusst  
6 umzugehen hat. Denn ein aufgeblähter Staat ist ineffizient und hohe Schulden  
7 belasten die nächsten Generationen. In der aktuellen Situation umso mehr, da in  
8 absehbarer Zukunft noch viele teure Krisen auf uns Junge zukommen - der  
9 Klimawandel ist hier ein Beispiel, dessen Bekämpfung viele nachhaltige  
10 Investitionen benötigen wird.

### 11 Ausgangslage:

12 Mit der Corona-Krise wurde eine neue Ära eingeleitet: Jede noch so kleine  
13 Unannehmlichkeit soll der Staat richten. Staatsquoten stiegen rasant an und  
14 Werte jenseits der 50 Prozent gehören mittlerweile zur Tagesordnung. Dass sich  
15 der Staat in Krisen ausweitet und sich danach nicht mehr zurückzieht, ist nicht  
16 nur in Österreich zu beobachten. Gerade deswegen benötigt es ein entschiedenes  
17 „Nein“ gegen diese Entwicklungen. Denn die Anreize der Politik sind klar:  
18 Die Ausweitung ihrer Macht und der von ihnen verwalteten Gelder liegt ganz in  
19 ihrem Interesse. Jenes Machtstreben ergibt, gepaart mit der Staatsgläubigkeit  
20 vieler Österreicher, einen toxischen Cocktail. Denn obwohl die Regierung  
21 aktuell einen starken Vertrauensverlust hinnehmen muss, rufen die Bürger des  
22 Landes noch immer bei jedem Problemchen nach dem Staat.

23 Die Resultate der Corona-Krise sehen wir nun: Überförderung vieler Betriebe und  
24 das Entstehen vieler sogenannter Zombieunternehmen, die nur durch billige  
25 Kredite und Staatsunterstützung überleben können. Wenn jemand von der Krise  
26 profitiert hat, dann ist es der Staat. Die Gefahr ist groß, dass die aktuelle

27 Phase der Stagflation nur eine weitere Krise ist, die den Staat mächtiger macht.

## 28 **Aktuelle Situation:**

29 Die aktuelle Kombination aus hoher Inflation und stagnierender  
30 Wirtschaftsleistung, also eine Stagflation, stellt Zentralbanken und Regierungen  
31 vor eine große Herausforderung. Die letzte große Stagflationsphase begann in  
32 den 1970ern. Auch wenn eine Stagflation daher bis jetzt nur sehr selten vorkam,  
33 ist die Aufgabenteilung aus ökonomischer Sicht klar: Die EZB als Hüterin der  
34 Preisstabilität muss sich um die Inflationsbekämpfung kümmern. Sie muss sich  
35 davor hüten, den gleichen Fehler zu machen wie die US-amerikanische Federal  
36 Reserve in den 1970ern. Denn damals mussten die Zinsen aufgrund der zuerst zu  
37 zögerlichen Geldpolitik auf über 20 Prozent angehoben werden, um die Inflation  
38 in den Griff zu bekommen. Das Resultat war eine starke Rezession.

39 Gleichzeitig sind Regierungen dazu angehalten, die Auswirkungen der hohen  
40 Preissteigerungen für die vulnerabelsten Haushalte abzufedern, wenngleich der  
41 Sozialstaat nicht dazu dient, jeglichen Wohlstandsverlust auszugleichen. Sie  
42 müssen sich aber davor hüten, alle Probleme für alle lösen zu wollen.  
43 Aktuelle Forschung zeigt, dass es nicht ausreicht, wenn Zentralbanken ihre  
44 Zinssätze erhöhen, um die Inflation einzudämmen. Es benötigt auch eine  
45 verantwortungsvolle Fiskalpolitik, die Geld nicht gedankenlos ausgibt. Dazu  
46 gehört nicht, dass die Fiskalpolitik sich weiter über billiges Geld finanziert  
47 oder den Schuldenberg durch Inflation schrumpfen lässt, sondern eine angepasste  
48 Einnahmen- und Ausgabenpolitik. Es braucht daher nicht nur eine glaubwürdige  
49 Zentralbank, die sich ganz der Inflationsbekämpfung widmet. Es braucht ebenso  
50 einen Staat, der genauso glaubwürdig eine nachhaltige Schuldenpolitik betreibt.  
51 Denn ein Staat, der das nicht tut und Geld aus dem Fenster wirft, heizt die  
52 Inflation weiter an. Umso mehr, wenn er diese Schulden nicht nachhaltig wieder  
53 abbauen wird.

54 ([https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=4205158](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4205158))

55 (<https://www.journals.uchicago.edu/doi/full/10.1086/674588>)

56 Auch wenn die Aufgabenteilung klar ist, zeigen die letzten Monate, dass sowohl  
57 Zentralbank als auch Regierung an der Erfüllung dieser Aufgaben kolossal  
58 scheitern. Die bisherige Performance ist mehr als unzufriedenstellend.

### 59 **1. Nationalstaatliche Ebene:**

60 Mit ihrer bisherigen Strategie, jedem Bürger die Kosten der Teuerung zu

61 ersetzen, erreicht die Regierung nur eines: eine weitere Anfachung der Inflation  
62 durch viel zu hohe Staatsausgaben. Diese Entwicklungen sind auch global zu sehen  
63 und werden von internationalen Forschungsinstituten wie etwa dem IWF kritisiert.  
64 Zudem lässt eine expansive Finanzpolitik gemeinsam mit völlig ungerichteten  
65 Auszahlungen an Bürgern die Konsumausgaben und Nachfrage stark ansteigen, das  
66 Angebot aber nur schwer darauf reagiert. Ein solches Vorgehen kurbelt die  
67 Inflation nur noch weiter an.

68 Obwohl die Steuereinnahmen in Österreich durch die hohe Inflation steigen,  
69 müssen obendrein noch Schulden aufgenommen werden. Gestiegene Zinsen, die mit  
70 der Inflationsbekämpfung der Zentralbank einhergehen, belasten den  
71 Staatshaushalt bei Neuschuldenaufnahme zusätzlich.

## 72 **2. EZB:**

73 Dass die Zeiten niedriger Inflation vorbei sind, haben viele Zentralbanken in  
74 Industrieländern lange nicht ernst genommen. Die EZB war jedoch die  
75 Zentralbank, die von allen Währungsräumen am längsten brauchte, um dies zu  
76 realisieren. Auch danach verhinderte ihr zaghaftes Verhalten eine zeitgerechte  
77 Anhebung des Leitzinses. Dadurch kamen die Zinserhöhungen zu spät und die EZB  
78 setzte ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel.

79 (<https://personal.lse.ac.uk/reisr/papers/22-whypi.pdf>) Der Euro hat deshalb im  
80 vergangenen Jahr massiv gegenüber anderen Währungen, wie etwa dem Dollar oder  
81 dem Schweizer Franken, abgewertet. Die gemeinsame Währung ist durch das  
82 zögerliche Handeln zur Weichwährung geworden, wodurch zusätzliche Inflation  
83 importiert wird.

## 84 **Forderungen:**

85 Die JUNOS - Junge Liberale NEOS treten für einen verantwortungsbewussten Umgang  
86 mit Krisen ein. Insbesondere eine Periode der Stagflation verlangt ein  
87 vorsichtiges Vorgehen mit Fingerspitzengefühl. Deshalb fordern wir:

### 88 **Nationalstaatliche Ebene:**

- 89 • Neben richtigen Maßnahmen, wie etwa die Abschaffung der Kalten Progression  
90 oder die Valorisierung der Sozialleistungen, gleichen die bisherigen Anti-  
91 Teuerungsmaßnahmen der österreichischen Regierung einem Fleckerlteppich.  
92 Sie verteilen Geld mit der Gießkanne, statt zielgerichtet zu wirken. Im  
93 Angesicht der steigenden Inflation sollte man sich darauf fokussieren,  
94 effektiv jene zu unterstützen, die Hilfe tatsächlich nötig haben. Das  
95 passiert nicht durch weitere kleinteilige Gießkannenmaßnahmen, wie etwa  
96 der Aussetzung einer Gebührenerhöhung oder dem Antiteuerungsbonus, sondern

97 z.B. durch fokussierte Einmalzahlungen, die Personen erhalten, die bereits  
98 bestimmte Sozialleistungen beziehen. Gießkannenmaßnahmen verstärken nur  
99 die inflationären Tendenzen und sind damit in der jetzigen Situation  
100 kontraproduktiv.

- 101 • Von innerstaatlich gedoppelten Maßnahmen sollte abgesehen werden. Die  
102 Lösungen sollten vorrangig bundesweit umgesetzt werden, um ineffiziente  
103 Überschneidungen und weitere Überförderungen zu vermeiden.
  
- 104 • Panische, undurchdachte Schnellschüsse wie etwa Steuern auf sogenannte  
105 „Zufallsgewinne“ sind häufig populistischer Natur und strikt abzulehnen.  
106 Diese haben langfristig schädliche Auswirkungen auf Marktdynamiken und die  
107 Attraktivität des österreichischen Wirtschaftsstandortes.
  
- 108 • Vielmehr sollte die Regierung sich jetzt darauf fokussieren, auch mittel-  
109 und langfristige, angebotsseitige Maßnahmen auszuarbeiten. Dazu gehört zum  
110 einen der Ausbau Erneuerbarer Energien, um die Abhängigkeit von Russland  
111 zu reduzieren. Zum anderen muss aber auch dem Fachkräftemangel  
112 entgegengewirkt werden. Um das Arbeitskräfteangebot zu erweitern, muss  
113 auch das Pensionsantrittsalter weiter angehoben werden. Denn eine  
114 Erweiterung des Angebots ist nicht nur für den Umstieg im Kampf gegen den  
115 Klimawandel notwendig - sondern auch, um dem Lohn- und Inflationsdruck,  
116 der mit einem geringen Angebot einhergeht, entgegenzutreten.
  
- 117 • Um der beständigen Ausweitung des Staates in Zukunft entgegenzutreten,  
118 sollte Österreich neben einer Schuldenbremse eine zusätzliche  
119 Ausgabenbremse im Verfassungsrang einführen.
  
- 120 • Außerdem muss, wie bereits von den JUNOS - Junge Liberale NEOS gefordert,  
121 ein Sparplan erstellt werden, welcher festlegt, wie nach der Krise  
122 glaubhaft der Schuldenstand abgebaut werden kann.

#### 123 **EU-Ebene:**

- 124 • Bisherige Maßnahmen auf EU-Ebene, wie etwa der Vorschlag eines  
125 Preisdeckels, sind abzulehnen. Preissignale sind das beste Mittel, um in  
126 der aktuellen Energiekrise die notwendigen Einsparungen zu erreichen.  
127 Preise bringen Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht, während  
128 Preisdeckel die Nachfrage nur weiter erhöhen und schlussendlich zu echten  
129 Knappheiten führen können. Dementsprechend sind Einsparungsziele  
130 vorzuziehen.

131 • Des Weiteren sind Lösungen wie etwa ein Einkaufskartell eine gute  
132 Möglichkeit, um vereint gegenüber den Anbietern gute Energiealternativen  
133 für die Union zu beschaffen.

134 • Eine weitere Aussetzung der Fiskalregeln ist abzulehnen. Nach der Krise  
135 sollen die bereits bestehenden Fiskalregeln wieder bindend werden.  
136 Zusätzlich benötigt es eine Reform, die die Einhaltung der Fiskalregeln  
137 bindender macht und den Verhandlungsspielraum verkleinert.

138 **EZB:**

139 • Kaum hat die EZB begonnen, die Zinsen zu erhöhen, überlegt sie bereits,  
140 wann damit wieder Schluss ist. Obwohl es zwischen neun Monate und zwei  
141 Jahre dauert, bis die bisherigen Zinsschritte einen dämpfenden Effekt auf  
142 die Inflation aufweisen, sollte die EZB trotzdem nicht zu schnell damit  
143 aufhören. Denn in der aktuellen angebotsseitigen Krise ist es besonders  
144 wichtig, dass die EZB ihre Glaubwürdigkeit behält und die  
145 Inflationserwartungen beim ursprünglichen Inflationsziel von zwei Prozent  
146 bleiben. Ansonsten ist die Gefahr hoch, dass die Inflation sich noch  
147 länger auf einem hohen Niveau verfestigt oder sogar verselbstständigt.

148 • Weitere Programme, wie etwa das TPI, im Rahmen dessen die EZB zusätzliche  
149 Staatsanleihen kaufen möchte, wenn die Zinsen auf diese nach eigenem  
150 Ermessen zu hoch sind, sind abzulehnen.

151 • Wie bereits von den JUNOS - Junge Liberale NEOS beschlossen, sollte sich  
152 die EZB ausschließlich auf ihr Mandat der Erhaltung der Preisstabilität  
153 fokussieren. Wir sehen, dass die vergangene Geldpolitik die EZB in eine  
154 Sackgasse manövriert hat, in welcher Inflationsbekämpfung wegen der zu  
155 hohen Schuldenstände der Mitgliedsstaaten nur beschränkt verfolgt wurde.  
156 Dieses Problem der "fiskalischen Dominanz", in welcher sich die  
157 Geldpolitik der Fiskalpolitik unterordnet, muss in Zukunft vermieden  
158 werden.